

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 24. Mai 2020

Dossier 6424, «Tagesschau»-Hauptausgabe vom 1.4.2020, «Covid-19: Selbständige müssen weiter warten»/Einschätzung Bundeshaus-Redaktor Christoph Nufer

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 2. April 2020 beanstanden Sie: *«Die Corona-Fallzahlen sind vom 31.3.2020 auf den 1.4.2020 ...gestiegen gegenüber dem Vortrag. Unter diesen Umständen im Beitrag von fallender Anzahl Neuinfizierter und von einer notwendigen Exit-Strategie à la SVP zu sprechen zeigt von schlechtestem Journalismus. Ist er Nufer eigentlich nicht auf dem Laufenden?»*

Zunächst möchten wir uns für die späte Antwort entschuldigen, auch wenn sie fristgerecht erfolgt. Die späte Reaktion hat einerseits mit den verlängerten Verwaltungsfristen zu tun, die der Bundesrat wegen der Corona-Krise verfügt hat und die auch für die Fristen der Ombudsstelle galten. Vor allem aber hat die personelle Besetzung der Ombudsstelle auf den 1. April geändert, was zu organisatorischem Mehraufwand führte. Der Vorteil der späten Reaktion ist vielleicht, dass sich Ihre Kritik aufgrund der Entwicklungen der letzten Wochen allenfalls relativiert hat.

Sie kritisieren eigentlich die Einschätzung von Bundeshaus-Redaktor Christoph Nufer (ab Time-Code 05:11:<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-01-04-2020-hauptausgabe?id=3f1af9cb-67f3-4ed9-86b4-9fd5ea75c661>).

Die **Redaktion** nimmt dazu wie folgt Stellung: «Tagesschau» und «Bundeshaus» teilen die Ansicht des Beanstanders, dass eine «seriöse Berichterstattung» - übrigens nicht nur in der Corona-Krise, sondern generell – «notwendig» sei. Die ganze Sendung am 1. April folgt diesem Grundsatz, indem in mehreren Berichten über die aktuelle Lage sachlich berichtet wird. Der vom Beanstander kritisierte Teil ist als Einschätzung durch Bundeshaus-Redaktor Christoph Nufer deklariert. Das Publikum kann diesen Teil als persönliche Einschätzung

einordnen. Die Einschätzung stützt sich auf die sinkenden Fallzahlen (Laborbestätigte Werte des BAG) in der Zeit vom 30. März bis zum 1. April (siehe Beilage). In der Zwischenzeit sind die Fallzahlen weiter zurückgegangen. Christoph Nufer drückt sich vorsichtig aus; er spricht von «langsam» fallenden Zahlen.

Unabhängig des Tempos beim Rückgang der Fallzahlen ist die Frage nach der Exitstrategie relevant. Die Frage nach der Rückkehr zum Status vor dem Lockdown beschäftigt alle Menschen in der Schweiz, sie beschäftigt die Wirtschaft und die Politik, welche die Entscheide zu treffen hat. Bundeshaus-Redaktor Christoph Nufer stellt in seinem Statement keine Forderungen auf, er stellt Fragen und macht auf die Stimmung in der Bevölkerung aufmerksam. «Wie kommen wir aus dieser Situation wieder raus, zurück in ein normales Leben, langsam, Schritt für Schritt für Schritt.»

Mit dem Schlusssatz macht Christoph Nufer nochmals deutlich, dass es eine Exitstrategie brauche, in welcher der Bundesrat Perspektiven aufzeigt, um möglichst viele Unsicherheiten in Gesellschaft und Wirtschaft zu beseitigen. Er macht aber auch deutlich, dass diese Exitstrategie in einer Woche nach der nächsten Information durch den Bundesrat spruchreif werden könnte und dann langsam, eben «Schritt für Schritt für Schritt» in Kraft gesetzt werde.

Die Einschätzung von Bundeshaus-Redaktor Christoph Nufer ist als persönliche Einschätzung zu erkennen; diese stützt sich auf sinkende Fallzahlen Ende März/anfangs April, die sich bis heute bestätigt haben. Den Vorwurf des «schlechtesten Journalismus» lehnen die beiden Redaktionen «Tagesschau» und «Bundeshaus» ab.

Die **Ombudsstelle** hat sich besagten «Tagesschau»-Kommentar auch nochmals angeschaut. Die Redaktion ist schon ausführlich auf Ihre Kritik eingegangen, wir möchten Ihre Beanstandung nur noch etwas aus der zeitlichen Distanz einordnen: Bundeshaus-Redaktor Christoph Nufer hat eigentlich genau das gesagt, was sich seit dem 1. April bis heute bestätigt: Die Fallzahlen sinken (übrigens auch vom 31.3. auf den 1.4.2020). Seither dreht sich die Diskussion vor allem um die Verhältnismässigkeit zwischen gesundheitlichen Schutzmassnahmen und den wirtschaftlichen Folgen. Dabei geht es nicht um eine politische Wertung, wie Sie es mit Ihrem Hinweis auf die «Exit-Strategie à la SVP» tun, sondern um eine Abwägung. Die einen legen den Schwerpunkt auf den breitmöglichsten Gesundheitsschutz, die anderen fürchten die teuren Folgen für die schweizerische Volkswirtschaft. Dafür braucht es eine Strategie. Nicht mehr und nicht weniger hat Christoph Nufer aufgezeigt und dabei sachgerecht berichtet.

Wir können deshalb mit dem besten Willen keine Verletzung der einschlägigen Bestimmungen des Radio- und Fernsehgesetzes erkennen.

Sollten Sie an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) gelangen wollen, orientiert Sie die beigelegte Rechtsbelehrung darüber.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ombudsstelle SRG.D